

- Sperrfrist 11.00 Uhr beachten -

**Rede von Romani Rose in der Gedenkstätte Sachsenhausen
anlässlich des 80. Jahrestages von Himmlers Auschwitz-
Erlass vom 16. Dezember 1942**

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Roth,

sehr geehrte Frau Vizepräsidentin Richstein,

sehr geehrter Herr Staatssekretär Dünow,

sehr geehrte Abgeordnete des Bundestages und des
Landtages Brandenburg,

sehr geehrte Frau Pawlik,

sehr geehrter Herr Direktor Dr. Drecoll,

meine sehr verehrten Damen und Herren,

ganz besonders freut es mich, die Überlebenden des
Holocaust, Frau Klasing, Herrn Flack und Herrn Wolf
begrüßen zu können.

Vor 80 Jahren, am 16. Dezember 1942, ordnete der Reichsführer SS Heinrich Himmler die familienweise Deportation unserer Menschen in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau an. Dieses schicksalhafte Datum hat sich tief in das kollektive Gedächtnis unserer Minderheit eingebrannt. Für uns Sinti und Roma ist es untrennbar verbunden mit dem Verlust unserer Familienangehörigen, auch wenn heute so gut wie keine Zeitzeugen mehr da sind, um aus erster Hand zu berichten.

Wie kaum ein anderes Datum markiert der 16. Dezember 1942 einen tiefen Einschnitt in der Geschichte der Sinti und Roma.

Als Folge des Himmler-Erlasses wurden nahezu 23.000 Angehörige unserer Minderheit aus ganz Europa, darunter weit über 10.000 aus Deutschland, in den Lagerabschnitt B II e des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau deportiert. Für die allermeisten Menschen war es eine Fahrt in den Tod. Sie fielen dem Terror und den unmenschlichen Lebensbedingungen zum Opfer oder mussten in den Gaskammern einen qualvollen Tod erleiden.

Auch der Name des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen steht für diesen radikalen Bruch mit allem, was Menschlichkeit und Zivilisation ausmachen. Hier, an diesem historischen Ort, wurden unsere Menschen gequält, erschlagen oder als Sklavenarbeiter buchstäblich zu Tode gehetzt. Sie sollten, wie es in den überlieferten NS-Dokumenten unverhohlen heißt, „durch Arbeit vernichtet“ werden.

Sachsenhausen war Teil eines umfassenden Systems der Massenvernichtung. Das Netz der Konzentrationslager, der Erschießungsstätten und der Massengräber mit den ermordeten Angehörigen unserer Minderheit zieht sich über ganz Europa. Über eine halbe Million Sinti und Roma, davon ein großer Teil Kinder und Jugendliche, fielen dem staatlich organisierten Völkermord zum Opfer.

Nach diesem Zivilisationsbruch geht es beim Gedenken und
Erinnern heute, mehr als fünfundsiebzig Jahre nach dem
Zusammenbruch der nationalsozialistischen
Schreckensherrschaft, nicht darum, der heutigen Generation
in Deutschland Schuld zu übertragen. Der Sinn des Erinnerns
besteht vielmehr in der gelebten Verantwortung für die
Gegenwart und für unseren demokratisch verfassten
Rechtsstaat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in Deutschland und
vielen Ländern Europas propagieren demokratiefeindliche
Parteien wieder einen neuen Nationalismus, um mit ihrem
völkischen Denken unsere Gesellschaft zu spalten und die so
den inneren Frieden gefährden. Dieses völkische Denken
schließt direkt an die Vorstellungen der Nazis an. Heute
erleben wir, wie nationalistische und populistische
Bewegungen die Spaltung Europas immer weiter
vorantreiben. So werden Menschen wieder ausgegrenzt und
zu Sündenböcken gemacht. Diese beängstigenden
Entwicklungen der Gegenwart zeigen sich in der
zunehmenden Gewaltbereitschaft auch gegenüber den
Angehörigen unserer Minderheit.

An dieser Stelle möchte hervorheben, dass wir das entschlossene Vorgehen des Rechtsstaats sehr begrüßt haben, der in der vergangenen Woche mit 3000 Beamten eine verfassungsfeindliche Verschwörung zum Sturz unserer demokratischen Grundordnung aufgedeckt hat. Hier hat der Staat allein durch das große Aufgebot an Sicherheitskräften klar gemacht, dass er bereit ist, verfassungsfeindlichen Umtrieben mit der ganzen Härte des Rechtsstaats zu begegnen.

Allerdings darf man auch nicht unerwähnt lassen, dass sich heute die Versäumnisse der Vergangenheit rächen und Behörden wie der Verfassungsschutz lange auf dem rechten Auge blind waren. Sie waren jahrelang viel zu wenig motiviert, um gegen die Gefahren von rechts vorzugehen. Sie haben verfassungsfeindliche Netzwerke lange Zeit ignoriert, so dass sich bei der Polizei oder der Bundeswehr konspirative Kameradschaften bilden konnten.

Trotzdem sind wir und viele Menschen in unserem Land besorgt, dass sich eine solche Verschwörung, wie die jetzt aufgedeckte, über lange Jahre beispielsweise im Umfeld der Bundeswehr aber auch im Umfeld einer im Bundestag vertretenen Partei, entwickeln konnte.

Ich bin auch nicht davon überzeugt, dass mit der Verhaftung von 25 Personen aus diesem Umfeld die Gefahr nun gebannt ist. Ich bin sicher, das Netzwerk ist größer und wir haben bisher nur die Spitze des Eisbergs zu Gesicht bekommen. Ich appelliere deshalb an unsere Sicherheitsorgane, Polizei und Verfassungsschutz jetzt nicht nachzulassen und weiter aufmerksam und wachsam zu bleiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der tradierte und auch von Behörden forcierte Antiziganismus hat in der Vergangenheit immer wieder auch zu Gewalt gegen Angehörige der Minderheit geführt, wie bei den Anschlägen von Hanau 2020 oder München 2016.

Wir Sinti und Roma sind aufgrund unserer über 600-jährigen Geschichte in Deutschland als deutsche Staatsbürger im gesellschaftlichen Leben integriert. Dennoch sind viele Sinti und Roma aufgrund der ständigen Bedrohung davon überzeugt, dass sie ihr Leben nur dann frei gestalten können, wenn sie sich in die Anonymität zurückziehen.

In Deutschland ist politisch in den vergangenen Jahrzehnten aufgrund der kontinuierlichen und beharrlichen Arbeit des Zentralrats sehr viel erreicht worden: sowohl der Holocaust an den Sinti und Roma als auch der Antiziganismus als gesamtgesellschaftliche Bedrohung sind mittlerweile anerkannt und die demokratischen Parteien haben sich auch diesem lange verdrängten Teil der Geschichte gestellt.

Doch an der ablehnenden Einstellung der Bevölkerung gegenüber Sinti und Roma hat sich kaum etwas geändert, wie die oben genannten Studien eindeutig belegen. Die Ursachen für diese Ablehnung liegen auch an der fortgesetzten stigmatisierenden Darstellung der Minderheit in den Medien.

Filmmacher, Journalisten, Fotografen und andere Meinungsmacher tragen eine große gesellschaftliche Verantwortung, denn sie beeinflussen direkt durch ihre Arbeit das Bild, das die Mehrheit der Bevölkerung von unserer Minderheit hat. Dieses Bild ist geprägt von über Jahrhunderte tradierte Klischees. Klischees, die von den Nationalsozialisten zu einer Rassenideologie geformt wurden und die bis heute in den Köpfen der Medienkonsumenten tief verwurzelt sind.

Der Zentralrat führt deshalb seit Jahren Auseinandersetzungen mit Medienanstalten und Rundfunk- und Medienräten, die bisher kaum ein Bewusstsein für die Mechanismen des tief in unserer Gesellschaft verankerten Antiziganismus zeigen und sich ihrer historischen Verantwortung noch nicht gestellt haben.

Antiziganistische Vorurteile sind längst in die Mitte der Gesellschaft eingedrungen und haben dramatische Auswirkungen auf den Alltag von Sinti und Roma in ihren jeweiligen europäischen Heimatländern. Der Antiziganismus verhindert eine gleichberechtigte Teilhabe von Sinti und Roma in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen. Die gezielte und systematische Politik der Ausgrenzung und des Rassismus ist so umfassend, dass viele Roma vor allem in den Ländern Südost- und Mitteleuropas heute in Zuständen leben müssen, die einer Apartheid gleichkommen.

Die Ursachen für diese unhaltbaren Zustände liegen auch hier im Antiziganismus. Seine Ächtung ist nicht die Aufgabe der Minderheit selbst. Es ist die Aufgabe der Gesellschaft und ihrer Institutionen, denn wir sind gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger unserer europäischen Heimatländer, in denen wir Staatsbürger sind und in denen wir seit Jahrhunderten leben.

Zum Abschluss appelliere ich an die Politik: Kulturschaffende sollten nur dann eine staatliche Förderung für Dokumentarfilme, Reportagen und so weiter erhalten, wenn ihre Beiträge weder antiziganistische noch antisemitische Klischees bedienen. Um gerade im Falle des Antiziganismus diesen überhaupt erkennen zu können, muss allerdings auch in den Medienhäusern und den Gremien noch einiges an Aufklärungsarbeit geleistet werden.

Meine Damen und Herren, es liegt an uns durch eben diese Aufklärung und durch stetiges Erinnern an die Schrecken des Zweiten Weltkriegs, des Naziterrors und des Holocaust die Vision eines einigen und friedlichen Europas mit Leben zu füllen.

Ich danke Ihnen.